nd-ticker
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Flucht über die westliche Mittelmeer-Route

Hans-Ulrich Helfer

Im Jahre 2006 gelangten rund 40'000 Flüchtlinge über die sogenannte westliche Mittelmeer-Route nach Europa. Ein Augenschein vor Ort zeigt, dass es gegenwärtig an den Grenzen der nordafrikanischen Exklaven Melilla und Ceuta relativ ruhig ist. Dies könnte sich jedoch bald ändern, wie verschiedene Hinweise darauf hindeuten. Ohne sinnvollen Aktions-Plan wird die westliche Mittelmeer-Route nach rund zehn Jahren rasch an Bedeutung gewinnen.

Die Strasse von Gibraltar

Die Strasse von Gibraltar ist eingefasst im Norden von Spanien mit der südlichsten Stadt des europäischen Festlandes, Tarifa, und der britischen Kronkolonie Gibraltar, im Süden von Marokko und der spanischen Exklave Ceuta. Die Strasse von Gibraltar ist 14 bis 44 km breit und etwa 60 km lang. Sie erreicht eine Tiefe von 300 bis 900 Meter unter dem Meeresspiegel. Die Überfahrt von Afrika nach Spanien ist nicht ungefährlich, weil die Strasse von Gibraltar eine der meistbefahrenen Wasserstrassen der Welt ist, die täglich von zirka 300 Handelsschiffen durchfahren wird. Durch den ständig ostsetzenden Strom an der Oberfläche, hervorgerufen durch das etwa 1,4 m niedrigere Niveau des Mittelmeers gegenüber dem Atlantik in Verbindung mit oft vorherrschenden Westwinden, war sie lange ein für Schiffe schwer zu überwindendes Hindernis. In der Tiefe gibt es eine Gegenströmung, mit der das salzhaltigere Mittelmeerwasser in den Atlantik fliesst.

Die Flüchtlings-Routen

Als wichtige Routen gelten gegenwärtig (Anzahl illegale Flüchtlinge vom Januar bis Juni 2015 sowie die Nationalitäten):

Westafrika-Route

Die Westafrika-Route führt von der westafrikanischen Küste (Senegal, Mauretanien) aus auf die Kanarischen Inseln (Hoheitsgebiet von Spanien). Die Anzahl der festgestellten illegalen Einreisen betrug 150. Zu den häufigsten Nationalitäten zählten Guinea, Marokko, Gambia.

Osteuropa-Route

Die Osteuropa-Route führt von Russland, Weissrussland, der Ukraine oder Moldawien aus via die östlichen EU-Grenzstaaten (Polen, Ungarn, Slowakei, Rumänien, Litauen, Estland, Lettland und Finnland) in die Migrationszielstaaten in West- und Nordeuropa. Die Anzahl der festgestellten illegalen Einreisen betrug 717. Zu den häufigsten Nationalitäten zählten Vietnam, Georgien, Afghanistan.

Westbalkan-Route

Die Westbalkan-Route führt von den Nicht-Schengenstaaten im Westbalkan (insbesondere Mazedonien, Serbien, Kroatien) aus via Ungarn oder via Slowenien in die Migrationszielstaaten in West- und Nordeuropa. Die Anzahl der festgestellten illegalen Einreisen betrug 102'342. Zu den häufigsten Nationalitäten zählten Syrien, Afghanistan, Kosovo.

Autor Hans-Ulrich Helfer Mitte September 2015 an der spanisch-marokkanischen Grenze in Ceuta, eine spanische Exklave auf dem afrikanischen Festland. (Bild: Rolf Eichenberger)

Östliche Mittelmeer-Route

Die Östliche Mittelmeer-Route führt über die Türkei, Griechenland, Zypern oder Bulgarien nach Westeuropa. Die Anzahl der festgestellten illegalen Einreisen betrug 132'240. Zu den häufigsten Nationalitäten zählten Syrien, Afghanistan, Pakistan.

Zentrale Mittelmeer-Route

Die zentrale Mittelmeer-Route führt von Libyen, Tunesien oder von Ägypten aus nach Italien und Malta. Die Anzahl der festgestellten illegalen Einreisen betrug 91'302. Zu den häufigsten Nationalitäten zählten Eritrea, Nigeria, Sub-Sahara.

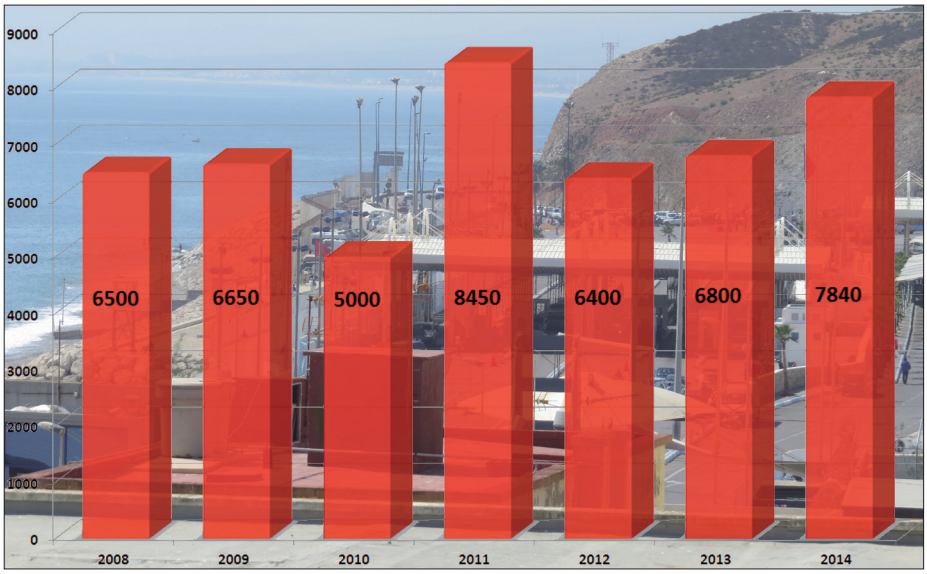
Die Westliche Mittelmeer-Route

Die westliche Mittelmeer-Route führt von Marokko und Algerien aus auf dem Seeweg nach Spanien oder auch von Marokko über die Landgrenze in die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, die an der Küste Nordafrikas liegen. Die Anzahl der festgestellten illegalen Einreisen betrug 6'698. Zu den häufigsten Nationalitäten zählten Syrien, Elfenbeinküste, Guinea.

Westafrikaner versuchen über den Landweg vorerst die westliche Mittelmeerküste (Marokko und Algerien) zu erreichen. Dabei wählen sie zwischen der westlichen Küstenstrasse und dem Weg durch die Sahara im Osten. Die Küstenstrasse ist die kürzere Option für Flüchtlinge aus Senegal und Mauretanien, sie wird aber auch von denen aus Nigeria, Elfenbeinküste oder Benin benutzt, welche die kürzere Variante, aber gefährliche Sahara-Route vermeiden wollen.

Vor zehn Jahren versuchten Tausende von subsaharischen Migranten über die Zäune in Melilla und Ceuta zu klettern und machten damit weltweit Schlagzeilen. Daraufhin verstärkten die spanischen Behörden massiv die Zäune und die Anzahl Grenzbeamte sowie Patrouillentätigkeit. Zusätzlich installierten sie entlang der spanischen Grenze hochsensible technische Überwachungssysteme.

Im Laufe der Jahre 2014 und 2015 haben kriegerische Konflikte und Gewalt in Mali, Sudan, Südsudan, Kamerun, Nigeria, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik Verlagerungen grosser Teile der Bevölkerung hervorgerufen. In den nächsten Monaten wird der Flüchtlingsstrom über die Westliche Mittelmeer-Route zunehmen. Spezialisten befürchten sogar einen "grossen Marsch" von gegen einer Million Schwarz-Afrikaner Richtung Marokko und Spanien.



Anzahl illegale Flüchtlinge der westlichen Mittelmeer-Route zu See und Land seit 2008. Zahlen von Frontex. Hintergrundbild Offizieller Grenzübergang von Spanien nach Marokko in Ceuta. (Grafik: Swisswebmaster GmbH, www.swisswebmaster.ch)

Situation Spanien

Gegenwärtig ist Spanien verglichen mit anderen betroffenen Ländern kein bedeutendes Eingangstor für Flüchtlinge. An der Grenze zu Nordafrika ist es relativ ruhig, Massenanstürme sind in den letzten Wochen ausgeblieben. Dies hat verschiedene Gründe. Einerseits mit dem stetigen und äusserst massiven Ausbau der Doppelstahlzäune mit Nato-Stacheldraht auf der Oberkante, Wachtürmen, Scheinwerfern, Bewegungsmeldern, Stolperdrähten, Infrarotkameras und deren Bewachung mit Beamten der Guardia Civil sowie weitgehend geheimen technischen Anlagen (siehe Bild). Ceuta und Melilla gelten heute als Musterbeispiele wie die europäische Grenze zu sichern sei. Angeblich haben die beiden Zäune mit rund 20 Kilometer länge bisher weit über 100 Millionen Euro gekostet.

Ein weiterer wichtiger Grund der Abhaltung ist die strikte Rückführung der Flüchtlinge. Um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren unterstützt Spanien die marokkanische Regierung in Rabat mit Millionen Euro aus der europäischen Kasse. Mit Senegal und Mauretanien bestehen ebenfalls Rückführungsabkommen, welche hohe Gelder auf undurchsichtigen Wegen verschlingen.

Andalusien - Malaga

Spanien, besonders Andalusien und deren Provinz Malaga, erwarten künftig Tausende von Flüchtlingen. Die Stadt Malaga nimmt bereits seit zwei Jahren Flüchtlinge aus den Übergangslagern in den spanischen Exklaven Melilla und Ceuta auf. Während einer halbjährigen Integrationsphase sollen einige Flüchtlinge in Zentren untergebracht, psychologisch und rechtlich betreut und schrittweise in die Gesellschaft integriert werden. In den kommenden Wochen will die Provinz Malaga mindestens 1'000 von der EU zugeteilte syrische Flüchtlinge aufnehmen. Die spanische Regierung rät davon ab, Flüchtlinge in Privathäusern aufzunehmen, weil die oft traumatisierten Flüchtlinge eine individuelle Betreuung durch Fachspezialisten bräuchten. (SUR, 10.09.2015)

Tarifa

Tarifa, mit rund 18'000 Einwohner, in der andalusischen Provinz Cádiz ist die am südlichsten gelegene Stadt des europäischen Festlandes. Sie markiert das östliche Ende der Costa de la Luz. Durch die strategisch bedeutende Lage an der engsten Stelle der Strasse von Gibraltar war Tarifa immer wieder der Schauplatz geschichtlicher Ereignisse. Im Juli 710 führte der Berber Tarif abu Zura ein Expeditionsheer von 500 Mann gegen den Ort. Die meisten Historiker stimmen darin überein, dass der heutige Name der Stadt von diesem Heerführer hergeleitet wurde. Tarif abu Zuras Angriff war das erste militärische Vordringen der Berber auf das europäische Festland. Ein Jahr später folgte der Beginn der Eroberung von „Al-Andalus“ durch die Berber, wiederum ausgehend von der Region um Tarifa.

Eingangstore in die Schweiz

Gemäss polizeilichen Erkenntnissen erfolgen die meisten Schleusungen in die Schweiz aus dem Süden, Südwesten und Osten. Via Tessin werden hauptsächlich Staatsangehörige Nigerias, des Iraks, Syriens, Eritreas und der nordafrikanischen Staaten eingeschleust. Die Grenzgemeinde Chiasso ist nur etwa 50 Kilometer von der Metropole Mailand entfernt. Die lombardische Grossstadt gilt als Knotenpunkt für den Menschenschmuggel und bildet eine wichtige Zwischenstation für die verschieden Schmuggelrouten.

Aus dem Südwesten finden vor allem Schleusungen von kosovarischen und eritreischen Staatsangehörigen statt. Kosovarische Flüchtlinge werden meist über die Balkanroute via die Schengenstaaten Slowenien, Italien und Frankreich in die Schweiz geschleppt, während eritreische Flüchtlinge häufig in Mailand abgeholt und dann via Frankreich in die Schweiz gefahren werden. Polizeiliche Erkenntnisse zeigen auf, dass die zum Teil in der Schweiz wohnhaften Schlepperfahrer von Mailand aus zunehmend den Weg via die Region Genf und nicht das Tessin wählen.

Gemäss polizeilichen Informationen werden über die österreichisch-schweizerische Binnengrenze vor allem Staatsangehörige Syriens, Afghanistans, Pakistans, des Iran, Georgiens und Weissrusslands in die Schweiz geschleppt. Nach Österreich gelangen die irregulär Flüchtlinge jeweils über eine der Balkanrouten. Wien ist ebenfalls wie Mailand eine wichtige Drehscheibe. (BMI)

Aktions-Plan gegen Flüchtlinge

Ohne wirkungsvollen Aktions-Plan wird sich die Situation in den kommenden Jahre für Europa und die Schweiz nicht verbessern. Mögliche Ansatzpunkte wären:

Ursachenbekämpfung

Die internationale Gemeinschaft, und ganz besonders die EU, haben in den letzten Jahren über die Flüchtlings-Ursachen hinweg geschaut und sich nicht um Ursachenbekämpfung gekümmert. Dies hat viele Gründe. Ohne die Akteure des Islamischen Staates (IS) wirkungsvoll zu bekämpfen, Krisen-Regionen zu befrieden und die wirtschaftliche Armut vor Ort zu verbessern, werden die Flüchtlingsströme nach Europa nicht ab-, sondern weiter zunehmen. Nicht Tausende, Millionen werden künftig nach Europa drängen.

Sicherheit vor Ort erhöhen

Am Rande der Krisen-Regionen sind Schutz- und Pufferzonen mit etlichen Flüchtlingslagern mit einigen Millionen Insassen entstanden, welche seit langem darauf warten in ihre Heimat zurückzukehren. Da es jedoch kurzfristig nicht nach Frieden in ihrem Land aussieht und die Umständen in den Lagern massiv schlechter werden, machen sich verständlicherweise viele Flüchtlinge auf den "grossen Marsch" ins gelobte Land. Das internationale Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist mit der Situation total überfordert. Dubiose Kriminelle aller Art nehmen die Flüchtlinge in den Lagern aus und schleppen sie unter deren Todesgefahr auf die verschiedenen Routen nach Europa.

Festung Europa

Leider ist es so, dass Europa nicht darum herum kommen wird, die sogenannte "Festung Europas" auszubauen. Wie ein EU-Aussengrenzschutz machbar ist, das zeigen die Massnahmen in den spanischen Exklaven Ceuta und Mellila. Die spanische Regierung hat bereits vor über zehn Jahren dort Grenzzäune hochgezogen und sinnvolle Auffanglager eingerichtet. Ohne solche Einrichtungen können die Schlepper nicht erfolgreich bekämpft werden.

Internationale Kooperation

Die negativen Auswirkungen der Flüchtlingsströme können ohne internationale Kooperation nicht bekämpft werden. Alleingelassene Länder mit Aussen-Grenzen sind angesichts von Hunderttausenden von Flüchtlingen nicht in der Lage, für Ordnung, Sicherheit und Ruhe zu sorgen.

Grundsatz Asylrecht und Quoten

Es ist nur noch eine Frage der Zeit bis das international verbriefte Asylrecht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Wer hat noch ein Anrecht auf Asyl? Beispielsweise der junge Kriegsdienstverweigerer oder die verarmte Mutter mit zwei hungernden Kleinkindern? Wer entscheidet wann das Boot voll ist, die EU, die nationale Regierung oder das Volk eines Landes? Wie sinnvoll sind Quoten zur Aufteilung von Flüchtlingen, wenn rücksichtslos die spezifisch kulturellen Umstände eines Landes ausser acht gelassen werden? Ohne Klärung einiger solcher Grundsatzfragen wird mittelfristig die Bürgerin und der Bürger nicht mehr der Regierung folgen und das Chaos wird weiter zunehmen und es wird zu Unruhen kommen.

Quellen

UNHCR, Frontex, www.admin.ch, BMI, Wikipedia, persönliche Recherchen in Tarifa und Ceuta im September 2015.

Autor

Hans-Ulrich Helfer, von 1976 bis 1983 Staatschutzbeamter, 1983 Gründer Presdok AG, von 1995 bis 2000 FDP-Gemeinderat von Zürich. Berater von staatlichen Institutionen, Firmen, Anwaltskanzleien sowie namhaften Persönlichkeiten. Siehe www.presdok.ch ●

Festung Europa. Doppel-Grenzzaun in Ceuta. Am rechten Bildrand Wagen der spanischen Gurdia Civil. Auf marokkanischer Seite wird der Zaun massiv verstärkt. Gegenwärtig bestehen zwischen Spanien und Marokko gemeinsame Interessen. (Bilder: Rolf Eichenberger)

Thales Suisse SA ist Generalunternehmerin BODLUV 2020

Zeitgerecht wie geplant gab Kaj-Gunnar Sievert, Chef Kommunikation der armasuisse, am 1. September 2015 bekannt: "Die Firma Thales Suisse SA wurde als Generalunternehmerin für die Beschaffungsvorbereitung für das Projekt BODLUV 2020 (BODengestützte LUft-Verteidigung 2020) gewählt. Im Rahmen der laufenden Projektarbeiten konnte Ende August 2015 mit der Wahl einer Schweizer Generalunternehmerin ein weiterer Meilenstein abgeschlossen werden.

Nachdem die Vorevaluation BODLUV 2020 Ende 2014 abgeschlossen sowie eine reduzierte Kandidatenliste für ein System mittlerer Reichweite (MR) verabschiedet worden war, gelangten die Firmen RUAG, Thales Suisse SA und Rheinmetall Air Defence (RAD) in die engere Auswahl und wurden zur Teilnahme an der Ausschreibung als Generalunternehmerin eingeladen. Während sich die Firma RUAG im Verlauf der Evaluation zurückzog, um sich als Unterlieferantin auf den Bereich Unterhalt zu konzentrieren, wurden die beiden anderen Firmen einer erweiterten Eignungsprüfung unterzogen.

Eingehende Prüfung

Die eingereichten Offerten wurden durch Spezialisten von armasuisse, Luftwaffe, Führungsunterstützungsbasis FUB, Logistikbasis der Armee LBA und Armeestab eingehend überprüft und ausgewertet. Thales Suisse SA wird durch armasuisse beauftragt, die Beschaffungsvorbereitung eines BODLUV-Systems einzuleiten. Das Ziel dieser Arbeit ist das Erreichen einer baldmöglichen Beschaffungsreife. Der definitive Projektinhalt und -umfang wird voraussichtlich mit der Botschaft zum Rüstungsprogramm 2017 (RP17) dem Parlament vorgelegt werden.

Weiteres Vorgehen

armasuisse wird zusammen mit Thales Schweiz SA die Evaluationen und Verifikationen durchführen. Für das modulare und integrierte System BODLUV 2020 MR werden evaluiert die Lenkwaffensysteme der Firmen

- Diehl BGT Defence GmbH & CO, Deutschland,
- MBDA UK Ltd, Grossbritannien,

als auch die Radarsysteme der Firmen

- Saab, Schweden,
- Thales Air Systems, Frankreich.

Fliegerabwehr der Schweizer Armee

Die heutige bodengestützte Fliegerabwehr der Schweizer Armee besteht aus dem leichten Fliegerabwehrlenkwaffensystemen „Stinger“, dem mobilen Fliegerabwehrlenkwaffensystem „Rapier“ und dem mittleren Fliegerabwehrkanonensystem „35-mm M Flab“. Das Projekt BODLUV 2020 soll diese in die Jahre gekommenen Fliegerabwehrsysteme der Schweizer Armee ersetzen. Die Konzeption BODLUV 2020 sieht ein System kurzer Reichweite (KR) und ein zweites mittlerer Reichweite (MR) vor. Die bodengestützte Luftverteidigung schützt Objekte, Verkehrs- und Kommunikationslinien, andere Infrastrukturen sowie die Bevölkerung und Armee in allen Bedrohungslagen vor Angriffen aus der Luft. Sie wird darin von Flugzeugen der Schweizer Luftwaffe unterstützt." (armasuisse)

Bruno Giger, CEO

Bruno Giger, geboren 1956, ist CEO der Thales Suisse SA. Er hat massgeblich dazu beigetragen, den Auftrag als Generalunternehmerin BODLUV 2020 zu erhalten. Eckdaten entnommen der Website www.thalesgroup.com sind:

Ausbildung

- Executive MBA HSG
- Diplomierter Elektro-Ingenieur FH
- Zertifizierter Qualitätssystem Manager

Gegenwärtige Funktion

- CEO Thales Suisse SA, Vorsitzender des COMEX Schweiz

- Landesverantwortlicher für Thales in der Schweiz

Gegenwärtige strategische Aufgaben

- Delegierter des Verwaltungsrates der Thales Suisse SA
- Präsident des Verwaltungsrates der Thales Rail Signalling Solutions AG

Beruflicher Werdegang

- 2008: CEO Thales Suisse SA
- 2004: Geschäftsleiter der Thales Communications AG
- 2002: Stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Luftwaffen-& Führungssysteme (BLF, armasuisse)
- 1999: Test Direktor FLORAKO
- 1990: Sektionschef Messtechnik, Gruppe Rüstung
- 1980: Kreistelefondirektion (Swisscom)
- 1977: Hasler AG (ascom)

Weitere Aufgaben

- Präsident SWISS ASD, The Aeronautics, Security & Defence Division der Swissmem - der Werk- und Denkplatz Schweiz
- Nationaler Delegierter der Schweiz und Mitglied des Verwaltungsrates der ASD, The AeroSpace and Defence Industries Association of Europe
- Kommissionsmitglied im Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) ●

Information und Diskussion auf:

www.PRO-Fliegerabwehr.ch

www.facebook.com/PROFliegerabwehr

Kasachstan Mitglied des UN-Sicherheitsrates 2017 - 2018

Die nächsten Wahlen für die fünf nicht-ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates finden während der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York im Oktober 2016 statt. Diese Mandate sind ab 1. Januar 2017 für zwei Jahre gültig. Die gegenwärtig fünf verfügbaren Sitze werden wie folgt verteilt: einer für Afrika, einer für die Asien-Pazifik-Gruppe, einer für Lateinamerika und die Karibik und zwei für die Region Europa. Kandidaten sind: Kenia; Seychellen; Kasachstan; Thailand; Italien; Niederlande und Schweden. Warum sollte Kasachstan als Mitglied des UN-Sicherheitsrates gewählt werden?

Kasachstan ist das erste Mal Kandidat für den UN-Sicherheitsrat. Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew versteht die Wahl in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als eines der vorrangigen Ziele der Aussenpolitik Kasachstans für die nächsten drei Jahre. Kasachstan als ein engagierter und verantwortungsbewusster UN-Mitgliedstaat will einen Beitrag für Frieden und Sicherheit; für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie für nachhaltige Entwicklung leisten.

Kasachstan ist…

- ein stabiles, fortschrittliches und friedliches Land mit mittlerem Einkommen mit einer der weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften sowie Millenium-Entwicklungszielen und internationalen Standards;
- ein anerkannter Marktführer in der nuklearen Sicherheit und Nichtverbreitung;
- ein ehrlicher Partner für seine Unparteilichkeit und Unabhängigkeit von allen Zentren der Weltpolitik bekannt. Ebenso wie für seine Ausgewogenheit und Neutralität zu allen internationalen Akteuren, Staaten oder Unternehmen;
- ein wichtiger Faktor für die Ernährungs- und Energiesicherheit;
- einer der wichtigsten Akteure in der euroatlantischen und euroasiatischen Sicherheitsgemeinschaft mit einer proaktive Haltung in der Mediation und der Vertrauensbildung;
- als Repräsentant Zentralasiens bereit, die regionalen Anliegen im Sicherheitsrat einzubringen;
- verpflichtet zur Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen in verschiedenen Teilen der Welt, um tragfähige Lösungen für die gemeinsame Sicherheit zu realisieren;
- das weltweit grösste Binnenland. Dadurch versteht Kasachstan auch die ernsthaften Bedrohungen ähnlich geographisch benachteiligter Staaten, darunter beispielsweise Länder ohne Zugang zum Meer oder solche mit grossen Küsten sowie kleine Inselstaaten, die vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht sind;
- auf der internationalen Bühne mit seinem vielfältigen Engagement und mit reichen Erfahrungen und Lösung von Sicherheitsproblemen bereit, neue Perspektiven in den UN-Sicherheitsrat einzubringen.

Kasachstan als Problemlöser

Im UN-Sicherheitsrat will sich Kasachstan aktiv mit der Tagesordnung beschäftigen und sich besonders engagieren für die atomare Nichtverbreitung, Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge.

Das Land will zunehmend die vielfältigen Mandate der Friedenssicherungsmissionen mit einem starken Fokus auf die Friedenskonsolidierung in Kriegsgebieten und ihre Wiedereingliederung in die regionale und internationale Strukturen unterstützen.

Ebenso soll der Prozess der Reform des Sicherheitsrates zur Verbesserung seiner Arbeitsmethoden unterstützt werden, um den Rat in ein repräsentativen, verantwortlichen und transparenten Akteur zu transformieren, der das gesamte Spektrum der Herausforderungen und Bedrohungen, denen die Welt heute ausgesetzt ist, wirksam angehen kann.

Das Land legt grossen Wert auf den wirksamen Einsatz von UN-Sicherheitsrat Sanktionen, die eines der wichtigsten Instrumente für die Prävention sind. Es unterstützt Massnahmen, um die Effizienz der Sanktionen des Rates zu verbessern bei gleichzeitiger Reduzierung ihrer negativen humanitären Folgen.

Kasachstan vertritt die Position, dass die Anwendung von Gewalt und Zwang zur Förderung von Frieden das letzte Mittel im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen bleiben muss.

Kasachstan ist ein starker Befürworter der UN-Friedensoperationen. Das Land hat eine klare Position, dass die Friedenssicherungseinsätze nur im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und in strikter Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchgeführt werden. Kasachstan beabsichtigt seinen Beitrag zu den Bemühungen der Friedenssicherung erheblich zu verbessern. Kasachstans Friedenstruppen "Kazbat" nahmen an der Minenräumung Operationen im Irak teil. Kasachisch Offiziere nehmen als Militärbeobachter in einer Reihe von UN-Friedensmissionen teil.

Kasachstan nimmt seine internationalen Verpflichtungen im Kampf gegen die grenzüberschreitenden Bedrohungen ernst. Kasachstan arbeitet eng mit den Anti-Terror-Einheiten des UN-Sicherheitsrats zusammen und schloss sich auch dem multilateralen Kampf gegen den Terrorismus und die grenzüberschreitende Kriminalität, gegen illegalen Drogen-, Waffen- und Menschenhandel an.

In seiner zwanzigjährigen Unabhängigkeit hat Kasachstan erfolgreich verschieden Organisationen geleitet, wie etwa die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahre 2010 oder die Ministerkonferenz der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) im Jahr 2011. Kasachstan ist bereit, im UN-Sicherheitsrat Verantwortung zu übernehmen.

Weitere Informationen zur Kandidatur siehe: www.kazakhstanunsc.com ●

Journalistinnen und Journalisten leben gefährlich

2014 haben sich die Formen der Gewalt gegen Journalisten verändert. Zwar wurden etwas weniger Menschen als in den Jahren zuvor wegen ihrer journalistischen Arbeit getötet. Dafür wurden manche Gewalttaten gegen Journalisten eindeutig instrumentalisiert, darunter sorgfältig inszenierte Drohvideos und Enthauptungen.

Die Morde werden immer grausamer, die Zahl der Entführungen wächst rasant. Den Tätern geht es darum, unabhängige Berichterstattung zu verhindern und kritische Beobachter abzuschrecken.

Angesichts massiver Einschüchterungen flohen 2014 mehr als doppelt so viele Journalisten aus ihren Heimatländern wie im Jahr davor. 2014 wurden insgesamt 66 hauptberufliche Journalisten wegen ihrer Arbeit getötet, sieben Prozent weniger als 2013. Zwei Drittel von ihnen fanden den Tod in Kriegsgebieten, darunter in Syrien – dem für Journalisten weiterhin gefährlichsten Land der Welt – in den Palästinenser-Gebieten (vor allem im Gazastreifen), in der Ostukraine, im Irak und in Libyen.

Weniger Journalisten als im Vorjahr wurden in Ländern getötet, in denen »Frieden« herrscht, insbesondere in Mexiko, Indien und auf den Philippinen. Die Zahl der getöteten Journalistinnen verdoppelte sich weltweit auf sechs. Sie starben in der Zentralafrikanischen Republik, im Irak, in Ägypten und auf den Philippinen. Ausserdem wurde in Mexiko eine von Bewaffneten entführte Bürgerjournalistin ermordet.

Entführungen von Journalisten

Einen starken Anstieg gab es 2014 bei der Zahl der entführten Journalisten. 119 hauptberufliche Journalisten wurden weltweit verschleppt oder befanden sich schon länger in Geiselhaft – 37 Prozent mehr als 2013, als diese Zahl bei 87 lag. Hinzu kamen acht Entführungen von Bürgerjournalisten. Die meisten Entführungen gab es im Nahen Osten und Nordafrika: 29 in Libyen, 27 in Syrien und 20 im Irak. Die Hauptursachen waren der Vormarsch der Dschihadisten-Organisation »Islamischer Staat« (IS) im Irak und in Syrien sowie die instabile Lage in Libyen, wo die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Milizen andauern. Auch in der Ukraine wurden viele Journalisten entführt – vor allem in den östlichen Landesteilen, wo trotz des im September vereinbarten ersten Waffenstillstands weiter gekämpft wird. Einheimische Journalisten zahlten wie in früheren Jahren den höchsten Preis: Mehr als 90 Prozent der

Verschleppten stammten aus den jeweiligen Ländern.

Gefängnisse für Journalisten

Weltweit sassen 2014 178 professionelle Journalisten wegen ihrer Arbeit im Gefängnis; hinzu kamen ebenso viele Bürgerjournalisten. China führte die Liste der repressiven Staaten mit Abstand an: Dort sassen 17 Prozent der weltweit inhaftierten professionellen Journalisten und 44 Prozent aller inhaftierten Bürgerjournalisten hinter Gittern. Auch Eritrea (mit der zweitgrössten Zahl an Inhaftierten), Iran (3.) und Syrien (5.) zählten wie schon 2013 zu den grössten Gefängnissen der Welt für Journalisten. An vierter Stelle stand Ägypten unter der autoritären Herrschaft von Präsident Abdel Fattah al-Sisi mit neun Prozent der weltweit inhaftierten Medienschaffenden. In Vietnam waren vor allem Bürgerjournalisten inhaftiert. Weil es dort praktisch keine unabhängigen traditionellen Medien gibt, sind die dynamischen sozialen Medien des Landes zu einer der wichtigsten Quellen für Nachrichten und Informationen geworden. In Saudi-Arabien wurde das Gesetz gegen Internetkriminalität gleichermassen gegen professionelle Berichterstatter wie gegen Bürgerjournalisten angewandt.

Journalisten auf der Flucht

139 professionelle Journalisten und 20 Bürgerjournalisten wandten sich 2014 an Reporter ohne Grenzen, weil sie ins Ausland fliehen mussten. Das waren mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2013, als Reporter ohne Grenzen 77 ins Ausland geflohene Journalisten und Bürgerjournalisten registrierte. Die meisten fliehen in Nachbarländer, oft müssen sie dort aber weiterhin um ihre Sicherheit fürchten, weil Schläger oder Milizen ihrer jeweiligen Regierung ihnen noch jenseits der Grenze nach stellen.

Zu den Flüchtlingen im Jahr 2014 zählten 43 libysche und 37 syrische Journalisten, um Chaos und Todesdrohungen in ihren Heimatländern zu entkommen. In Äthiopien trieben Übergriffe auf private Medien 31 Journalisten ins Exil. Aus Aserbaidschan flohen Dutzende Journalisten vor ihrer drohenden Verhaftung. Auch aus Iran und Eritrea ging der Exodus von Journalisten weiter.

Festnahmen und Drohungen

Auch kurzzeitige Festnahmen von Journalisten behindern die Arbeit der Medien und stellen eine inakzeptable Form der Einschüchterung dar. 2014 wurden mindestens 853 professionelle Journalisten festgenommen, drei Prozent mehr als im Jahr 2013.

In den umkämpften Gebieten der Ukraine setzten Regierungstruppen wie auch »Separatisten« Journalisten oft gewaltsam und ohne jede Erklärung fest und liessen sie erst Stunden später wieder auf freien Fuss. In Ägypten wurden mindestens 46 Journalisten unter verschiedenen Vorwänden verhaftet - als angebliche Sympathisanten der Muslimbrüder, weil sie die nationale Einheit gefährdeten oder Gewalt oder Unruhen angestachelt hätten.

Angriffe gegen Journalisten

In vielen Ländern griffen Demonstranten oder Polizisten bei mitunter gewalttätigen Protesten Journalisten an oder verprügelten sie. In Venezuela war die Nationalgarde für 62 Prozent der gewaltsamen Übergriffe gegen Journalisten bei Massenprotesten im Laufe des Jahres verantwortlich. Dass die Polizei während und nach der Gezi-Proteste bei Übergriffen gegen Journalisten straffrei ausging, hat neue Gewalt begünstigt.

Weitere Informationen und Spendenkonto: www.reporter-ohne-grenzen.de ●

News aus der eidgenössischen Verwaltung

Einwanderung

Die Einwanderung hat zwischen Januar und Juni 2015 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 2,2 % zugenommen. Zugenommen hat im gleichen Zeitraum auch die Auswanderung – dies um 8,3 %. Im ersten Halbjahr 2015 sind 72'308 Personen in die ständige Wohnbevölkerung eingewandert, 33'646 Personen sind ausgewandert. Von Januar bis Juni 2015 sind gesamthaft 76'093 Staatsangehörige aus der EU-28/EFTA in die Schweiz eingewandert, um einer Arbeit nachzugehen.

Militärflugplatz

Der Bundesrat hat beschlossen, dass der Militärflugplatz Dübendorf künftig einerseits als ziviles Flugfeld mit Bundesbasis genutzt und anderseits auf einem Teil des Areals ein Innovationspark ermöglicht werden soll. Dazu müssen die Sachpläne des Bundes für die militärische und zivile Luftfahrt angepasst werden.

Korruptionsstrafrecht

Im Bereich des Korruptionsstrafrechts attestiert auch der zweite Zwischenbericht der GRECO der Schweiz Fortschritte bei der Umsetzung der verbleibenden zwei Empfehlungen. Hingegen verbleibt die Schweiz bezüglich der Parteienfinanzierung weiterhin im Nichtkonformitätsverfahren und muss Ende März 2016 der GRECO erneut Bericht erstatten.

Asylsuchende

696 Asylsuchende sind im Juli 2015 aus der Schweiz ausgereist, 57 Personen weniger als im Vormonat (- 8 %). Die Schweiz hat bei 2'411 Personen einen anderen Dublin-Staat um Übernahme angefragt, 177 Personen konnten in den zuständigen Dublin-Staat überführt werden. Gleichzeitig wurde die Schweiz im Juli von anderen Dublin-Staaten um Übernahme von 234 Personen ersucht. 39 Personen wurden der Schweiz überstellt.

Minenräumung

Im Rahmen der humanitären Minenräumung hat die Schweiz im Jahr 2014 in verschiedenen Ländern Projekte unterstützt. Unter anderem auf den Philippinen, wo durch den Taifun Haiyan ein Waffen- und Munitionsdepot weggeschwemmt wurde, oder am Horn von Afrika, wo die Schweiz in Somaliland und Puntland lokalen Behörden beim Aufbau zweier Minenräumzentren helfen konnte. Das Engagement des Bundes, für das 2014 rund 19 Mio. CHF bereitgestellt wurden, stellt einen langfristigen Beitrag zugunsten des Friedens und der Sicherheit dar.

Oberauditor

Stefan Flachsmann wurde per 1. Januar 2016 zum neuen Oberauditor gewählt und gleichzeitig zum Brigadier befördert. Der Oberauditor trägt die Verantwortung für die ordnungsgemässe Aufgabenerfüllung der Militärjustiz. Er überwacht die Durchführung der militärischen Strafverfahren und gewährleistet den Dienstleistungsbetrieb für die selbständigen und unabhängigen Militärgerichte.

Bevölkerungsschutz

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS führte eine umfassende nationale Risikoanalyse „Katastrophen und Notlagen Schweiz“ durch. Als grösste Risiken werden darin die Gefährdungen Strommangellage und Pandemie identifiziert.

Der Euro

Der Euro ist sowohl import- als auch exportseitig die bedeutendste Rechnungswährung. 2014 wurden wertmässig 36 % der Exporte in Euro verrechnet, während bei den Importen der Anteil der Fakturierung in Euro sogar 55 % betrug. 3 der 11 Exportbranchen stellen den grössten Teil ihrer Rechnungen in Euro aus, womit diese die Währungsrisiken auf sich nehmen.

Schadenzentrum VBS

Die Bilanz des Schadenzentrums VBS für das Jahr 2014 fällt erfreulich aus. Die Kosten reduzierten sich deutlich um rund 2 Millionen Franken auf insgesamt 12,71 Millionen Franken. So sank die Zahl der Schadenfälle mit Kosten über 50‘000 Franken um 28 auf 108 und die mit Kosten über 5‘000 Franken um 70 auf 453 Schadenfälle.

Lotterien und Wetten

Im Jahr 2014 haben die Schweizer Lotterien und Wetten 2,88 Milliarden Franken umgesetzt. Gegenüber 2013 (2,79 Milliarden Franken) wurde der Umsatz im Jahr 2014 um über 85 Millionen Franken gesteigert, was einer Zunahme von rund 3,2% entspricht.

Wasser

Bundesrat Didier Burkhalter forderte die Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf, sich dafür einzusetzen, dass der Zugang zu Wasser nicht mehr Ursache von Konflikten ist, sondern ein Friedens-Instrument. ●

Impressum

nd-ticker: ISSN 1663-8158
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Herausgeberin
Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
presdok@presdok.ch
http://www.presdok.ch

Verantwortlicher Redaktor
Hans-Ulrich Helfer
helfer@presdok.ch

Layout, Website
Swisswebmaster GmbH
info@swisswebmaster.ch

Erscheinungsweise
Regelmässig als Print- oder Online-Ausgabe.

Bezug, Preise, Unterstützung
Website: www.nd-ticker.ch
Unkosten- und Unterstützungsbeiträge bitte auf Postcheckkonto: 80-9017-3:
IBAN: CH55 0900 0000 8000 9017 3
Vermerk: „nd-ticker“

Druck
Eigendruck

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.

Presdok AG

Analyse, Beratung, Dokumentation

www.presdok.ch